Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.– Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447–51

Nr. 21 | Hamburg, den 21. Mai 1920 | 5. Jahrg.

Inhalt:

Die Lage ..... Seite 305
Die ostafrikanische Währungsreform ..... „ 306
Aussichten des bulgarischen Wirtschaftslebens .. .. „ 308
Länder-Berichte:
England ..... „ 310
Sibirien ..... „ 312

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... Seite 314
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 315

Die Lage

Zum ersten Mal seit Monaten und Jahren scheint sich ein nachhaltiger Umschwung der wirtschaftlichen Lage anzukündigen. Die Preise der ausländischen Zahlungsmittel sind auf die Hälfte ihres höchsten Standes gefallen. Auf den Auslandsmärkten selbst haben sich die Preise wichtiger Waren erheblich gesenkt. Die Preise der inländischen Produkte, deren Märkte an besonderer spekulativer Überhitzung litten, vor allem Leder, sind noch stärker, hier und da auf einen kleinen Bruchteil ihrer vor wenig Monaten erreichten Höhe gesunken. Die Stockung des Absatzes ist in einigen Gewerben vollkommen. Wo vor kurzer Zeit die Verkäufer nach Wegen suchten, um sich den kontraktlichen Verpflichtungen zu entziehen, die sie bei niedrigerem Preisstand eingegangen waren, sehen sie sich jetzt einer Schar von Käufern gegenüber, die mit der gleichen beklagenswerten Nichtachtung vertraglich festgelegter Rechte sich der Pflicht zur Abnahme der zu den hohen Preisen der letzten Monate bestellten Waren zu entledigen suchen. Daß auf mindestens einigen Märkten der Rückschlag zu heftig gewesen ist, als daß er die Gewähr der Nachhaltigkeit geben könnte, wird von den wenigsten bezweifelt. Den verzweifelten Mut aber, dem Weichen der Preise durch spekulative Käufe eine neue Grenze zu setzen, scheint kaum jemand aufzubringen. Es wird den meisten genügen, wenn ihre Kapitalien und Nerven dazu ausreichen, sie vor der Verschleuderung ihrer Warenbestände zu Preisen zu bewahren, die sie nur von kurzer Dauer glauben. Inzwischen mögen sie darüber nachdenken, daß die Kaufkraft der verarmten Nation, auch die inflatorisch mehr als zwanzigfach aufgeblähte, den Preisen eine Grenze setzt, die auch durch die lebhafteste Spekulation nicht dauernd hinausgerückt werden kann. Sie mögen einsehen, daß auch heute der Kauf irgend welcher Waren, die Flucht vor dem Papiergeld nicht in allen Fällen einer Versicherung gegen die steigenden Kosten der Lebenshaltung gleichzuachten ist. Aber auch wenn diese Erwägungen heute angestellt werden, so schließt das nicht aus, daß alles das in dem Augenblick vergessen sein wird, wo die Bahn der Preise sich wieder nach oben zu wenden beginnt. Daß Preise steigen müssen, weil sie bisher gestiegen sind, ist ein durch Rückschläge zu dämpfender, aber nicht auszurottender Glaube der Spekulation. Die Börse hat kein Gedächtnis. Der Deutsche von heut aber scheint es in besonders hohem Maße zu lieben, Augen und Ohren vor unbequemen Tatsachen zu verschließen. Es ist unschwer zu sehen, wie das Ende sein wird, wenn nicht das Unwahrscheinliche geschieht und vor dem Anheben des letzten Glockenschlages die Besinnung einkehrt.

Übersieht man die Entwicklung unseres Landes in diesen sechszehn Monaten revolutionärer und gegenrevolutionärer Zuckungen (von wahrhaften Taten ist weder hier noch dort die Rede), so ist weder im Großen noch im Kleinen irgend eine wesentliche Wandlung zu merken. Die Züge des Bildes haben sich bis zur Karikatur verschärft, aber nicht verändert. Es sind Gesetze gemacht worden, einige gute, viele schlechte, am meisten mittelmäßige. Es ist eine leidliche Ordnung hergestellt worden, genug, um dem alltäglichen Trott von Kauf und Verkauf, Verkehr und Zerstreuung Raum zu geben. Der innere Zerfall des Staates aber scheint unaufhaltsam fortzuschreiten. Die drei Elemente, die vor dem Ausbruch des Krieges durch die Klammern eines unzeitgemäßen aber mächtigen Gefüges zusammengehalten waren: Militärstand, Fachbeamtentum und Interessenvertretung, haben nach der Sprengung jener Klammern nur an Eigenmacht gewonnen: hier und dort scheinen sie diktatorische Befugnisse an sich gerissen zu haben. Die Volksvernunft aber schläft und wartet auf den Tag, wo ein großer geistiger Hauch den mechanisch fortexistierenden Körper mit einem neuen Gesamtwillen beleben wird. Inzwischen geht der Kreislauf von Wahl, Streik und Putsch seinen eintönigen Gang. An den offenen Grenzen des Reichs aber bereiten sich die künftigen Kriege vor, in denen die von diesem ersten Weltkrieg gestellte Schicksalsfrage Europas Antwort finden soll.

Das ungeheuerliche Faktum ist, daß aller Drang und alle Not von innen und außen nicht hingereicht haben, den Deutschen zu wecken. Zwingt ihn irgend einer, Rede und Antwort zu stehen, so wiederholt er noch immer die alten Parteiprogramme, in zeitgemäßer Überarbeitung so weit zugestutzt, daß ein er-

heblicher Abfluß der Wähler weder nach rechts noch nach links zu befürchten ist. Er begeistert sich für Dinge, die waren und nie wiederkehren, oder für andere Dinge, die nie waren und nie sein werden — vorausgesetzt, daß sie seine eigenen Interessen zu fördern scheinen. Wahrhafte Revolutionen schweißen das Volk im Feuer eines Glaubens oder eines Wahns zusammen, legen ihm Opfer auf, die als federleicht empfunden werden, und lassen den einzelnen als einen Verwandelten aus dem großen Brande kehren. Die deutsche Novemberrevolution hat nichts und niemand verwandelt, sie hat nicht anders als ein Einsturz oder eine Explosion gewirkt. Was vorher ein Gesamtgefüge, wenn auch ein schlecht fundamentiertes und mit allzu großen Spannungen belastetes war, ist jetzt in seine Teile zerfallen und zersprengt. Jeder einzelne sucht zunächst das Seine in Sicherheit zu bringen. Die Interessen sind heftiger als je gegeneinander gespannt, die Parteien tragen nur noch ein dünnes Mäntelchen von Ideologie. Der Mittelstand, auf dem bisher die Stetigkeit der deutschen Bildungstradition beruhte, ist nicht mehr in Gefahr unterzugehen: er ist zerrieben. Es gibt nur noch Condottieri der Wirtschaft, aus altem, neuem und neuestem Reichtum, die auf dem Trümmerboden des Reichs ihre Schlachten schlagen und den Grund für neue Zwingherrschaften bereiten, trotz Steuern und trotz Sozialisierung, und es gibt Massen von Arbeitern, Beamten und Angestellten, die keinen Weg aus dem höllischen circulus vitiosus von Teuerung, Lohnbewegung und wiederum Teuerung wissen und so zur leichten Beute von gewissenlosen und von schwachköpfigen Agitatoren werden.

Wo Gedanken Geltung gewinnen, die nicht nur zur Verkleidung bloßer Interessen dienen sollen, sondern einem geistigen Wollen entstammen, kann man mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß sie vom Ausland her übernommen sind. Was auf deutschem Boden gewachsen ist, gilt dem Deutschen von heut als von vornherein verdächtig. Woher sollte auch ein Deutscher das Recht ableiten, einem andern Deutschen den Weg vorzuschreiben? Dies dürfte nur Engländern oder Russen erlaubt sein. Gemeinwirtschaft wird, auch bei den Arbeitern, so lange unmöglich sein, wie sie nicht die Sprache der russischen Sowjets oder des englischen Gildensozialismus redet. Der führende Mann darf in Staat und Wirtschaft erst dann in sein Recht und sein Amt eingesetzt werden, nachdem es feststeht, daß Herr Lenin die örtlichen Sowjets abgeschafft hat, und nachdem die professionellen Englandfeinde unserer agrarischen Provinzen ihre Bewunderung für das großartig freie Spiel britischer Verfassung und Wirtschaft entdeckt haben. Wenn Deutschland während des dreißigjährigen Religionskrieges der Kampfplatz für die europäischen Staatsmächte gewesen ist, so scheint es heute gerade gut genug zur Stätte zu sein, wo der Streit zwischen dem Geist von Westen und dem Geist von Osten ausgetragen wird.

Wie lange wird dieser Zustand dauern, und wie lange wird er als der gemäße empfunden werden? Es ist nicht mehr möglich, sich über den furchtbaren Ernst der Lage hinwegzutäuschen. Niemand wird die Leistungen verkennen wollen, die seit dem Ausbruch der Revolution von Einzelnen und von Körperschaften vollbracht worden sind, um das aus den Fugen geratene Staats- und Wirtschaftsgefüge notdürftig zu stützen und zu festigen. Es ist, neben vielem Kleinlichen und Widerwärtigen, nicht wenig guter Wille und gesunder Verstand dabei am Werke gewesen. Die Aufgaben aber, die vor uns liegen, sind schwerer als die gestrigen und fordern mehr als jene Eigenschaften. Solange die Ungewißheit der Weltlage, die Inflationskonjunktur der Wirtschaft, der Übergangs- und Notstandscharakter der inneren Politik das wahre Gesicht der Dinge verhüllten, konnte man wohl glauben, von Tag zu Tag leben und annehmen zu dürfen, daß viele kleine Besserungen eines Tages sich zu einer merklichen Gesamtbesserung summieren würden. Zudem waren die Feinde, mit denen die neuen Machthaber zu kämpfen hatten, angreifbar genug: ein wortbrüchiger Gegner in den Verhandlungen von Versailles, gegen den schon das stumme Dasein des getäuschten, mißhandelten und entehrten Reiches das Gewissen der Völker aufgerufen hätte; eine revolutionäre Agitation im Innern, der sowohl die geistige Autorisation zur Führung der Nation wie die zwingende Autorität gegenüber den Massen fehlte, so daß jeder Versuch, die Revolution weiter zu treiben, nur dazu dienen konnte, die Fehler des bisherigen Zustandes in unerhörter Vergrößerung fortzusetzen; eine subversive Bewegung monarchisch-kapitalistischer Gruppen, die in der Durchführung ihrer eigenen Unternehmungen so wenig Voraussicht, Weltblick und Feuer zeigten, daß sie schon durch die tiefe Ratlosigkeit und Unentschlossenheit ihres Tuns und Planens vor der Geschichte gerichtet waren. Das waren die Gegner der Republik in diesen sechzehn Monaten der Übergangsregierung und Übergangswirtschaft.

Diese Phase ist nun vorüber. Sie wird in einem äußerlichen Sinn durch das Ende der Arbeiten der verfassunggebenden Nationalversammlung und durch die Wahl der ersten verfassungsmäßigen Volksvertretung abgeschlossen; in tieferem Sinne durch die neuen Aufgaben, die durch die veränderte Weltlage und die drohende Wirtschaftskrisis gestellt werden. Die Zusammenkunft des deutschen Regierungsoberhaupts mit den Oberhäuptern der Kriegsgegner von gestern unter Umgehung der nach dem Friedensvertrag zuständigen Commission des Réparations, zwingt das Reich, sich von der Stärke der eigenen und der gegnerischen Kraft unerbittlicher als bisher Rechenschaft zu geben und die aufbauenden Fähigkeiten des Landes bis zum äußersten anzuspannen. Im Innern aber ist die Stockung der deutschen Wirtschaft, infolge der Krisis auf den Warenmärkten, in Gefahr sich in einer Arbeitslosigkeit von unabsehbaren Maßen auszuwirken, deren soziale und politische Folgen nur eine kühne und weitausgreifende Politik mildern, geschweige denn abwenden kann. Beide Aufgaben aber können nur gelöst werden, wenn die Regierung sich fähig zeigt, die besten Kräfte der Nation in ihrem Brennpunkt zu sammeln. Es ist heute noch wahrscheinlich, daß man diesen Weg nicht gehen, sondern die Führung des Staates, wie bisher, nach der Parteizugehörigkeit und nach der spezialistischen Leistung vergeben wird, obgleich Parteimenschentum und Fachmenschentum nicht zum wenigsten die Schuld an Niedergang und Katastrophe tragen.

Kurt Singer

Die ostafrikanische Währungsreform

Das Steigen des Rupienkurses bis auf 2 s 9½ d pro R im Februar 1920 hat auch das Geldwesen Ostafrikas in Mitleidenschaft gezogen. Seitdem im Gefolge der beim Bahnbau von Mombassa bis zum Viktoria-Njassa-See beschäftigten Kulis der indische Händler ins Land kam, herrscht dort praktisch die Rupienwährung; 1905 wurde durch Order in Council offiziell der Kurs der Rupie in Ostafrika auf 15 Rupien für das Pfund Sterling festgelegt. Er entsprach so der in Indien bei Kriegsausbruch bestehenden Wertbeziehung von R und £.

Die im Zuge befindliche ostafrikanische Währungsreform sucht nun das Rupienproblem auf ganz andere Weise zu lö-

sen als die indische Regierung. Zunächst wird der Rupienkurs nicht wie dort in irgendeine Verbindung mit dem Golde gebracht. Er richtet sich nicht in Zukunft nach dem Sovereign bzw. dem englisch-amerikanischen Wechselkurs, wie in Indien.

Schon mit diesem Entschluß ist ein wichtiges Band zwischen dem Geldwesen Indiens und Ostafrikas durchschnitten: Die für beide Länder so wichtigen Beziehungen zwischen dem englischen und dem eigenen Geldwesen werden nach verschiedenen Maßstäben geregelt.

Die ursprünglich gehegte Absicht der Regierung, nun für Ostafrika einen Kurs von 10 Rupien auf das Pfund Sterling schlechthin, oder, wie man sich gern ausdrückt, das Papierpfund, festzulegen, für Indien aber von 10 Rupien auf den Sovereign, hat zu lebhaftem Widerspruch der beteiligten ostafrikanischen Kreise geführt, die darin eine Bevorzugung Indiens und eine Zurücksetzung Ostafrikas erblicken wollten. Dieser Widerspruch hat die Regierung veranlaßt, einen Schritt weiterzugehen und die völlige Loslösung von der indischen Währung durch Einführung einer neuen Werteinheit für Ostafrika zu vollziehen.

Die Rupie wird für Ostafrika abgeschafft. An ihre Stelle tritt der Florin = 2 englischen Schillingen. Der „rekurrente Anschluß" an die bisherige Währung wird derart vorgenommen, daß die bestehenden Schuld- und Zahlungsverhältnisse nach der Relation 1 R = 1 Florin abgewickelt werden.

In der Tat besteht keine zwingende Notwendigkeit, das indische Geldwesen in irgendeiner Form mit demjenigen Ostafrikas zu verbinden. Bei Lichte besehen konnte sogar bisher schon von einer Gleichsetzung des indischen mit dem ostafrikanischen Geldwesen keine Rede sein. Denn trotz der gleichen Wertbeziehung zum Pfund Sterling und trotz der dort wie hier vorhandenen Silberwährung bildete Britisch-Ostafrika eine Zahlgemeinschaft für sich, und es bestand lediglich „Synchartismus" wie zwischen den Ländern der lateinischen Münzunion für den Franken, indem die indische Rupie in Ostafrika, die britisch-ostafrikanische in Indien angenommen wurde. Die Selbständigkeit des Geldwesens in Deutsch-Ostafrika bedarf keines Nachweises.

Zwischen Indien und Ostafrika bestehen rege Handelsbeziehungen; sie nötigen aber nicht dazu, die gleiche Währung für beide Gebiete beizubehalten.

Die neue Werteinheit für das ostafrikanische Geldwesen, der Florin, ist dem englischen Währungssystem entlehnt. „Florin" ist die Bezeichnung für das seit 1849 in England ausgeprägte 2-Schillingstück aus Silber, und der neue ostafrikanische Florin soll ja 2 Schillinge gelten. Für den halben Florin wird sogar der Name Schilling gewählt. Dennoch ist die ostafrikanische und die englische Währung nach wie vor zu trennen; ihre Wechselbeziehungen bedürfen nach wie vor besonderer Regelung. Zunächst ist zu bedenken, daß nicht die englische Werteinheit, das Pfund Sterling, in Ostafrika zur Einführung gelangt, sondern eine neue Werteinheit, der Florin. In England ist das 2-Schillingstück, der Florin, ein Geldzeichen unter anderen, die alle auf „Pfund Sterling" bzw. dessen Stückelungen lauten. In Ostafrika gibt es kein „Pfund Sterling", alle Geldzeichen lauten auf „Florin" und dessen Teilwerte. Dies der Unterschied. Das Geldzeichen „Florin" nimmt in Ostafrika die gleiche Stellung ein wie in England die Banknote zu 1 £ bzw. der Sovereign.

Die neuen Silber-Florins und Silberchillinge haben einen Feingehalt von $^{500}/_{1000}$. Da die indische Rupie den bisherigen bedeutend höheren Feingehalt behält, so unterscheidet sich hinfort das ostafrikanische Münzgeld auch rein technisch betrachtet wesentlich von ihr. Der Grund für die Herabsetzung des Feingehalts des Florins im Vergleich zur Rupie ist in dem Steigen des Silberpreises zu suchen, der dieser Silbermünze Aufgeld gegeben hatte. In Indien hat man die dadurch entstandenen Schwierigkeiten (Verwendung dieses Geldes nach dem Material durch Einschmelzen oder Aufspeichern) durch Heraufsetzung des Rupienkurses zu beheben gesucht. Ostafrika dagegen ahmt das Beispiel Englands nach, das vor kurzem den Silbergehalt seines Münzgeldes von 925 auf gleichfalls 500 erniedrigt hat.

Ursprünglich war eine Übergangszeit für die Einführung des neuen Geldes in Ostafrika vorgesehen, während deren die Rupie bis zum 1. 7. 20 mit 2 s 4 d, bis zum 1. 12. 20 mit 2 s 2 d und von da an mit 2 s bewertet werden sollte. Englische Banknoten und Notstandscheine (currency notes) sollten zu diesen Sätzen gelten und gesetzlichen Annahmezwang genießen. Neuerdings ist beschlossen worden, auf die Übergangszeit zu verzichten und sogleich den Kurs von 2 s für die Rupie bzw. den Florin zugrunde zu legen. Dies wohl mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene rückläufige Bewegung des Silberpreises und der Rupie.

Das englische Papiergeld bleibt auf jeden Fall gesetzliches Zahlungsmittel zur Geltung 10 Florins (Rupien) für das Pfund. Es ist also zweifach begültigt, in englischer und ostafrikanischer Währung, gehört demnach dem Geldwesen beider Länder an. Die gleichen Zeichen sind Träger verschiedener Werteinheiten (£ und Florin). Bisher war dies nur für den Sovereign der Fall, für den in Ostafrika allgemeiner Annahmezwang zu 15 Rupien bestand.

In jüngster Zeit wird in England stärker der Gedanke eines einheitlichen Geldwesens für das ganze Imperium vertreten. Das Pfund Sterling soll nicht nur in England, sondern in allen zu Groß-Britannien gehörenden Gebieten die Werteinheit sein. Die ostafrikanische Währungsreform will diesen Gedanken zwar nicht verwirklichen, ebnet aber seiner künftigen Durchführung in Ostafrika doch die Wege. Die neue Werteinheit, der Florin, ist, wie wir sehen, in engster Anlehnung an das englische Geldwesen gewählt worden, und das heute wichtigste englische Geld, dasjenige mit papiernem Körper, gilt in Ostafrika unbeschränkt. Das ostafrikanische Silbergeld hat die gleiche Feinheit wie das englische. Ein Schritt weiter in dieser Richtung, und es besteht Währungseinheit in England und Ostafrika.

Solange dieser Schritt nicht getan ist, obliegt es dem neu errichteten ostafrikanischen Währungsamt in London, das auch das neue Floringeld zur Ausgabe bringt, den englisch-ostafrikanischen Geldverkehr zu regeln. Es verkauft die ostafrikanische Währung gegen englische und umgekehrt nach dem Satze von 2 s für den Florin. Von der Macht dieses Amtes über den Geldmarkt hängt es ab, ob es ihm gelingen wird, auf diese Weise einen stabilen Kurs für Florin und Pfund Sterling zu erzwingen. Eine völlige Beherrschung von Angebot und Nachfrage in englischer und ostafrikanischer Währung wäre dazu notwendig. Die Relation von 2 s für den Florin (bisher die Rupie) hat also eine zweifache Bedeutung: Einmal findet auf dieser Grundlage der Anschluß der neuen an die alte Werteinheit statt, und zweitens gilt diese Wertbeziehung als das Pari, als das Ziel der englisch-ostafrikanischen intervalutarischen Politik. Knapp bezeichnet diese Tätigkeit des Staates zur Befestigung der Wechselkurse als „Exodromie".

Die ostafrikanische Währungsreform gelangt nicht nur für Britisch-Ostafrika, sondern auch für das frühere Deutsch-Ostafrika, nicht jedoch für Sansibar, zur Durchführung. Die deutsch-ostafrikanische Rupie wird aber gleichfalls nach der

Relation 2 s pro Rupie bzw. Florin an die neue Werteinheit angeschlossen.

Die Interessenten werden durch die Reform verschieden betroffen. Grenzenlos enttäuscht sind diejenigen, die bisher geglaubt hatten, der alte Kurs der Rupie von 1 s 4 d pro R werde nach beendigtem Kriege wiederhergestellt werden. Sie fühlen sich benachteiligt im Gedanken, daß das englische Geld in der Vorkriegszeit soviel mehr in Rupien wert war. Meist handelt es sich dabei um Produzenten, deren Erzeugnisse in englischem Gelde bezahlt werden, die aber die Löhne und Steuern in Ostafrika in Rupien bzw. Florins entrichten müssen. Bei der Umwechslung des Sterlinggeldes nach dem Satze von 2 s pro Florin statt 1 s 4 d pro Rupie wie früher erleiden sie Schaden, denn die Löhne und Steuern sind unverändert geblieben, wenn nicht gestiegen. Die Schuldner sind allgemein in drei Kategorien zu trennen. Soweit sie in Pfund Sterling bezahlen müssen, sind sie im Vorteil gegen früher, weil Rupie bzw. Florin größere Beträge darin ergeben. Umgekehrt liegen die Dinge, wie wir bereits im Falle der Lohn- und Steuerschulden der Pflanzer sahen, für die Rupienschuldner. Die britische Regierung hat schon vor Beginn der Währungsreform 2000 ehemaligen Kriegsteilnehmern Land in Ostafrika vermittelt. Der Satz von 2 s pro Florin erschwert ihnen nun diese Ansiedlung ungeheuer, da sie mit englischem Gelde ausgerüstet sind, das, in Rupien umgewandelt, verliert. Durch eine Reihe von Sonderbestimmungen sollen die schlimmsten Härten, die der Übergang zur neuen Währung mit sich bringt, gemildert werden.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Aussichten des bulgarischen Wirtschaftslebens*)

Die Tatsache, daß sich dieser Wirtschaftskongreß neben den großen weltbewegenden Fragen, an deren Lösung er mitzuarbeiten bestrebt ist, auch mit Balkanproblemen beschäftigt, erklärt sich aus der Notwendigkeit, für die deutsche Volkswirtschaft und für den internationalen Handelsverkehr jede Möglichkeit zu benutzen, um abgerissene Beziehungen wieder anzuknüpfen. Bulgarien und seine wirtschaftliche Lage bieten für eine weitere Öffentlichkeit Interesse, nicht etwa nur, weil es sich dabei um ein Wirtschaftsgebiet von immerhin mehr als 100 000 qkm, an Flächeninhalt mehr als der fünfte Teil des Deutschen Reiches, handelt, sondern zunächst deshalb, weil Bulgarien die Brücke vom Abend- zum Morgenland bildet, weil es im Zusammenhang damit wiederholt scharf hervorgetreten ist und im Verlaufe seiner wechselvollen Geschicke Eigenschaften gezeigt hat, die ihm bei Freund und Feind in gleichem Maße hohe Beachtung verschafft haben. Hat doch eben erst, anläßlich der Debatte über die Ratifizierung des bulgarischen Friedensvertrages im Unterhause, der ehemalige englische Ministerpräsident Asquith von den großen Traditionen des bulgarischen Volkes gesprochen und es als eines der fortgeschrittensten Völker Osteuropas bezeichnet.

Ein kurzer Blick auf die Wirtschaftsstruktur des Landes bis zu den 1912 einsetzenden Balkankriegen zeigt, daß es sich um einen reinen Agrarstaat handelt, in welchem mehr als 80 % der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Landwirtschaft leben. Die bulgarische Ausfuhr bestand in erster Reihe aus landwirtschaftlichen und tierischen Produkten: Weizen, Mais, Geflügel, Eier usw. Sie ging nach Deutschland, Österreich-Ungarn und nach der Türkei, die insbesondere Abnehmer von bulgarischem Spezialkäse, Kaschkawal genannt, und von Erzeugnissen der Hausindustrie war. In der Einfuhr stand Österreich-Ungarn an erster, Deutschland gleich dahinter an zweiter Stelle. Von dort her kamen im wesentlichen Maschinen, technische Artikel, Glas-, Porzellan- und Eisenwaren, Chemikalien, Kurzwaren und Konsumartikel aller Art. England und Amerika lieferten landwirtschaftliche Maschinen, Frankreich und teilweise auch die Schweiz Luxuswaren. Der gesamte Außenhandel Bulgariens belief sich im letzten Vorkriegsjahre auf rund 500 Mill. Leva. Der Leva entsprach in seinem Werte etwa dem französischen Franken und machte, je nach der Lage des Handelsverkehrs, Schwankungen bis zu 1 % durch. Die bulgarische Handelsbilanz war im Laufe der letzten Jahre meistens aktiv.

Die bulgarische Industrie steht noch in den Anfängen ihrer Entwicklung. In den letzten Jahren wurden insbesondere Zucker-, Zement- und Spiritusfabriken und Ziegeleien errichtet, Kohlenminen neu erschlossen oder ausgestaltet. Nach der offiziellen Statistik gab es 1912 in ganz Bulgarien etwa 400 Industrieunternehmungen, in welcher Ziffer jedoch auch kleine und kleinste Betriebe mit eingerechnet waren, denn das darin angelegte Kapital belief sich auf nicht mehr als rund 100 Mill. Leva. Die größeren bulgarischen Fabriken gehörten im wesentlichen Bulgaren, Deutschen, Belgiern und Franzosen.

Das bulgarische Bankwesen hatte seine Spitze in der rein staatlichen bulgarischen Nationalbank, die gleichzeitig Zentralnoteninstitut war. Daneben bestanden größere rein bulgarische Bankunternehmungen, insbesondere die Bulgarische Handelsbank und die Gesellschaft Ghirdap. Deutsches Kapital war im letzten Jahrzehnt teilweise durch die Kreditbank vertreten, Österreich-Ungarn und Frankreich unterhielten gemeinsam die Banque Générale de Bulgarie und die Banque Balcanique. Insgesamt belief sich das im bulgarischen Bankwesen investierte Kapital auf nicht mehr als etwa 75 Mill. Leva Eigenbesitz.

Die Balkankriege bedeuteten den Anfang einer völligen Umgestaltung der bulgarischen Volkswirtschaft. Die Jahre 1913 und 1914 dienten zunächst dazu, die Wunden des Krieges zu heilen, den unterbrochenen Verkehr und die Versorgung des Landes wieder aufzunehmen. Im Juli 1914 wurde mit einem deutschen Bankenkonsortium unter Führung der Diskontogesellschaft eine Anleihe im Betrage von 500 Mill. Leva abgeschlossen, die größte Finanztransaktion seit Bestehen eines eigenen Bulgarien.

Zwei Wochen später begann der Weltkrieg. Die Regierung mußte zunächst im Interesse der Ernährung des Landes fast die ganze Getreideausfuhr einstellen, aber auch die Einfuhr erwies sich in der Folge als nahezu unmöglich, denn der Seeweg wurde bald durch die Blockade der Türken versperrt, der Verkehr auf der Donau von Minen unterbrochen und die Landverbindung über Serbien durch den Krieg zwischen diesem Lande und Österreich-Ungarn unbenutzbar.

Der Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte im September 1915 bedeutete wirtschaftlich für Bulgarien zunächst die Wiederherstellung der Verbindung mit Westeuropa, die Öffnung seiner dorthin führenden Verkehrswege. Durch eine alsbald einsetzende, wenn auch nur geringe Einfuhr, konnte die Ausrüstung der Armee verbessert und die Bevölkerung mit ihr fehlenden Produkten versehen werden. Gleichzeitig lieferte Bulgarien aus seinem Überschuß an die Zentralmächte zur Verbesserung ihrer Ernährungsverhältnisse Getreide, insbesondere Mais, und teilweise Eier, ferner auch Wolle, Felle und Häute zur Herstellung von Kleidung und

*) Referat, erstattet auf dem I. Internationalen Wirtschaftskongreß in Frankfurt a. M. am 1. 5. 20.

Kupfer für die Zwecke der Kriegführung. Auch mehrere hundert Waggons Hülsenfrüchte, besonders Bohnen, wurden von bulgarischer Seite zur Verfügung gestellt. Um den Warenaustausch zwischen den Verbündeten lebhafter zu gestalten, wurden seitens der Zentralverkaufsgesellschaft und ähnlicher Kriegsorganisationen in Bulgarien Geschäftsstellen errichtet, deren Tätigkeit aber wenig positive Erfolge aufzuweisen hatte und über die sich alles in allem nicht viel Lobenswertes sagen läßt.

Das dritte und vierte Kriegsjahr sind für Bulgarien charakterisiert durch zunehmenden Mangel an Bedarfsartikeln des täglichen Lebens. Die Blockade der Entente machte sich allmählich auch hier immer fühlbarer, und Deutschland und Österreich-Ungarn konnten ja auch nur von ihrem eigenen bescheidenen Überfluß abgeben. So wurde der bulgarische Kaufmann dazu gezwungen, sich aktiv zu beteiligen, um Waren für das Land zu beschaffen. Daraus ergab sich ein von Halbjahr zu Halbjahr erheblich steigender Besuch der Leipziger Messe, auf der erhebliche Einkäufe getätigt wurden, wenngleich ein großer Teil infolge der Ausfuhrschwierigkeiten nicht zur Durchführung gelangen konnte. Angesichts der immer noch vorhandenen großen Nachfrage, der kein entsprechendes Angebot gegenübersteht, wird es Sache auch der Frankfurter Messeleitung sein, in Bulgarien die nötige Propaganda zu machen, sobald die Zeit dafür gekommen ist.

Im ersten Halbjahr 1918 ergab sich in der bulgarischen Einfuhr insofern ein völlig verändertes Bild, als der Mangel an Kleidungsstoffen zu großen Ankäufen von Seidenwaren und Schleierstoffen in der Schweiz geführt hatte, die daneben auch Schokoladen und Delikatessen aller Art lieferte, bis die Regierung ein Einfuhrverbot für Luxusartikel erließ, das wegen der völligen Unterbindung des Hauptausfuhrartikels, des Zigarettentabaks, notwendig geworden war.

Die große volks- und weltwirtschaftliche Bedeutung, die der bulgarische Tabak im Laufe der letzten Jahre gewonnen hat, wird durch folgendes Material gekennzeichnet. Im Jahre 1912 belief sich die bulgarische Tabakernte auf ca. 6 Mill. kg, von welcher der allergrößte Teil im Lande selbst zu Zigaretten verarbeitet und nur ein kleiner Teil im Werte von nicht mehr als 1½ Mill. Leva in unverarbeitetem Zustande zur Ausfuhr kam. Die Tabakernte des Jahres 1916 belief sich infolge gesteigerten Tabakanbaues auf das dreifache, etwa 18 Mill. kg, von welchen aber 15 Mill. zur Ausfuhr bereit standen. Inzwischen hat aber der Zigarettentabak auf dem Weltmarkte eine 40- bis 50fache Preissteigerung durchgemacht. Wenn auch Bulgarien das Tabakgebiet von Xanthi und Drama wieder abgenommen wurde, so verbleibt ihm doch Haskowo und vor allem Dubnitza, so daß mit einer Jahresproduktion von 25 Mill. kg gerechnet werden kann, ein Objekt, das unter heutigen Verhältnissen einen Wert von 1½ bis 2 Milliarden darstellt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß auch die bulgarische Kriegswirtschaft dadurch charakterisiert ist, daß der Staat ärmer und die Bevölkerung — wenigstens scheinbar — reicher geworden ist. In den Kriegsjahren wurden etwa 50 neue Gesellschaften mit einem Kapital von mehr als 500 Mill. Leva neu gegründet, eine Ziffer, die den ganzen Vorkriegsaußenhandel übersteigt. Im Jahre 1917 errichtete auch die Deutsche Bank zur Ausgestaltung der deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen eine eigene Filiale in Sofia, die bemerkenswerte Geschäfte zur Abwicklung brachte.

Der Waffenstillstand, zu dem Bulgarien im September 1918 durch die Entente gezwungen wurde, bedeutete zunächst das Ende der Kriegskonjunktur. Gleichzeitig erfolgte eine völlige nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Absperrung Bulgariens von den Zentralmächten. Die Blockade aber wurde sofort aufgehoben, um die Versorgung des Landes zu ermöglichen, ihm so einen Beweis des Wohlwollens zu geben und der Entente einen wirtschaftlichen Vorsprung für die künftige Entwicklung zu sichern. Amerika lieferte Lebensmittel, landwirtschaftliche Maschinen und technische Artikel, Italien große Massen Textilwaren, England Chemikalien und Baumwolle. Trotzdem konnte der Bedarf des Landes nicht voll gedeckt werden und eine gewisse Zurückhaltung im Konsum erscheint unverkennbar.

Am 27. 11. 19 unterschrieb Ministerpräsident Stambuliski in Neuilly den bis heute noch nicht ratifizierten Friedensvertrag mit der Entente. Ihm lagen im wesentlichen drei Leitgedanken zugrunde: die kleinen Nachbarn Bulgariens, Serbien, Griechenland und Rumänien, mußten durch Gebietserwerbungen zufriedengestellt werden, Bulgarien sollte seine „Strafe" erhalten und schließlich wollte die Entente in dem Vertrag eine Handhabe zur Verstärkung ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Stellung im Lande des ehemaligen Feindes besitzen.

Eine Untersuchung, inwieweit diesem Leitgedanken Rechnung getragen ist, führt zu folgenden Ergebnissen:

Die Gebietsfragen sollten zur Zufriedenheit der Nachbarn Bulgariens gelöst werden. Das ist in einem Maße geschehen, der zu der zwingenden Feststellung führt, daß die im Vertrage von Neuilly vorgesehene Lösung unmöglich Bestand haben kann, auch wenn man in leidenschaftslosester Weise die Tatsachen untersucht. Für die Verderblichkeit der hier gefundenen Lösungen gibt es keine einwandfreieren Zeugen, als den langjährigen „Times"-Korrespondenten in Sofia, Bourchier, den Präsidenten des Londoner Balkankomitees Buxton und den Delegierten der französischen Anleihekontrolle in Bulgarien Bousquet. Alle stellen übereinstimmend fest, daß es eine im höchsten Maße ungerechte Lösung war, die rein bulgarische südliche Dobrudscha bei Rumänien zu belassen, daß Bulgarien eines Ausganges an das Ägäische Meer bedürfe, um wirtschaftlich kräftig atmen zu können. Eine Revision des Friedensvertrages wird also in der Folge nicht zu umgehen sein.

Die „Bestrafung" Bulgariens ist dadurch erfolgt, daß man ihm eine Kriegsentschädigung von 2½ Milliarden Goldfranken, die Lieferung von 50 000 t Kohle an Serbien und die Rückgabe großer Mengen von Schlachtvieh auferlegt hat.

Aber trotz allem ist ein Teil der Bestimmungen wesentlich günstiger gestaltet, als beispielsweise im deutschen und auch als im österreichischen Vertrage. Vor allem ist Bulgarien das einzige Land, das die Höhe seiner Verpflichtungen bereits kennt. Die Kriegsentschädigung soll in 37 Jahren entrichtet werden. Gleichzeitig ist ihm seine ganze Schuld an Deutschland und Österreich-Ungarn in Höhe von etwa 2 Milliarden Leva erlassen worden. Die Wiedergutmachungskommission für Bulgarien besteht auch nicht aus den Vertretern der eigentlich geschädigten Länder, sondern nur aus je einem Delegierten von England, Frankreich und Italien, die Erleichterungen aus dem Friedensvertrage mit Stimmenmehrheit bewilligen können, während es im deutschen Vertrage für solche Fälle der Einstimmigkeit bedarf.

Die Belastung, die Bulgarien auferlegt ist, erscheint im Verhältnis zu den geringen Hilfsmitteln seiner Volkswirtschaft sehr hoch, aber sie ist dennoch nicht unerschwinglich. Wenn Bulgarien in der Lage ist seine Produktion in geordneten Verhältnissen fortzusetzen, kräftig zu steigern und die Preiskonjunktur für seine Bodenerzeugung günstig ist, dann

dürfte es in der Lage sein, seinen Verpflichtungen wenigstens zum größten Teile nachzukommen. Dabei ist natürlich vorausgesetzt, daß das heutige Mißverhältnis zwischen dem bulgarischen Papiergelde und dem Goldfranken wenigstens annähernd ausgeglichen wird, sei es durch internationale Vereinbarungen oder sonstige geeignete Maßnahmen. Für uns ergibt sich nun die Frage: Welche Stellung nimmt das heutige Bulgarien zu den künftigen Wirtschaftsproblemen ein? Wohin wird es seine Wirtschaftspolitik orientieren? In diesem Zusammenhang ist auf eine Äußerung eines führenden ententefreundlichen bulgarischen Staatsmannes hinzuweisen, der es vor einigen Monaten, als ähnliche Gedankengänge auftauchten, als eine schwere, wirtschaftliche Schädigung des Landes und als eine Bedrohung seiner Unabhängigkeit bezeichnet hat, wenn man eine Absperrung von seinen natürlichen Käufern und Lieferanten versuchen wollte. Selbstverständlich ist die wirtschaftliche Stellung der Entente in Bulgarien durch den Vorsprung, den sie gewonnen hat und durch die ganzen Ereignisse wesentlich gestärkt worden, aber sie selbst wird nicht den Versuch machen, Schranken aufzurichten, die dem Geiste des Friedensvertrages und den Zusicherungen, die so oft von den gegnerischen Staatsmännern gegeben wurden, vollkommen widersprechen würden. Bulgarien aber will eine europäische Wirtschaftspolitik treiben, eine Wirtschaftspolitik, die bedeutet, daß es im Handelsverkehr mit allen europäischen Ländern und natürlich auch mit Amerika unabhängig dastehen und frei sein will, lediglich geleitet von der Rücksicht auf seine Bedürfnisse und seine Interessen, eine Wirtschaftspolitik, die die gegenwärtige politische Orientierung Bulgariens weder beeinflußt noch von ihr beeinflußt wird.

Nach den letzten Meldungen aus Sofia beläuft sich der diesjährige Getreideüberschuß auf fast 100 000 t. An Tabak stehen mindestens 25 Mill. kg zur Ausfuhr bereit. Die Kaufkraft des Landes ist also ausreichend, um seinen vorläufigen Bedarf zu decken. Die bulgarische Valuta ist für den deutschen Kaufmann nicht ungünstig, da sie etwa die gleiche Parität hält. Es besteht also für uns die Möglichkeit, uns am bulgarischen Geschäft wieder zu beteiligen, dabei wird es natürlich eines Maßes an Takt und Einsicht bedürfen, das größer sein muß, als früher. Die hervorragende Stellung Deutschlands in Bulgarien ist verschwunden. Irgendwelche besondere Geneigtheit wird man uns nicht entgegenbringen. Aber man hat trotz allem, was dazwischen liegt, Vertrauen zum deutschen Kaufmann und zum deutschen Industriellen und ist bereit, ihn bei Deckung des bulgarischen Bedarfes mit heranzuziehen. Soweit unsere Kaufmannschaft nicht über eigene Erfahrungen auf dem bulgarischen Markte verfügt, wird sie gut tun, sich an die bestehenden Balkanorganisationen anzulehnen, damit möglichst planmäßig vorgegangen werden kann.

Wir sind uns also darüber klar, daß wir in Bulgarien keine Vorrechte beanspruchen, keine besonderen Ziele erstreben. Unsere Politik, die wir in Zukunft in Bulgarien zu treiben haben, ist einfach und gerade. Sie geht dahin, daß wir mitarbeiten am Wiederaufbau der bulgarischen Wirtschaft, daß wir uns einen Anteil am bulgarischen Markt erhalten wollen, gemeinsam mit allen übrigen Ländern und Gruppen, mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten.

Max Rosenbaum

England

Arbeiterbewegungen und andere Tagesfragen — Geldmarkt — Banken und Börse

Größere Arbeiterbewegungen, wie sie die englische Volkswirtschaft noch vor einem halben Jahr gesehen hat, sind seit geraumer Zeit nicht mehr zu verzeichnen. Gewiß, es fehlt nicht an Streiks und Arbeitskämpfen jeglicher Art z. B. im Baumwollgewerbe, aber es fehlt ihnen die nationale Bedeutung. Und wenn die Entwicklung der Arbeiterfrage ihren Lauf so weiter nimmt, wie bisher, ist von der Zukunft ein Rückgang in der Zahl der Streiks und Aussperrungen zu erwarten, die im verflossenen Jahr so gewaltig angeschwollen ist.

Nachstehende Tabelle zeigt diese Vermehrung, sie ist aus einem parlamentarischen Bericht des Arbeitsministeriums und einer Erklärung des Arbeitsministers im Parlament vom 21. 4. zusammengestellt:

Jahr	Anzahl der Streiks und Aussperrungen	Anzahl der beteiligten Arbeiter	Durchschnittliche Dauer in Arbeitstagen
1914	999	449 000	10 111 000
1915	706	453 000	3 038 000
1916	581	284 000	2 600 000
1917	688	861 000	5 964 000
1918	1 252	1 097 000	6 297 000
1919	1 413	2 780 000	31 480 000

Der 1. Mai ist ruhig verlaufen. Auf den Massenversammlungen, die an diesem Tage abgehalten worden sind, wurden Resolutionen angenommen, zugunsten Sowjetrußlands und zur Bekämpfung der Teuerung, aber wenngleich der Wortlaut dieser Resolutionen zum Teil scharf war, darf man ihre Bedeutung nicht überschätzen. Eine interessante Erscheinung war ausschließlich die passive Resistenz („working to rule") für Eisenbahner; die Parole, auf diese Weise eine Lohnsteigerung durchzusetzen, hat die Genehmigung des Exekutivausschusses der Eisenbahn-Gewerkschaften nicht gefunden. Thomas verurteilt sie aufs schärfste; die Lokalverbände verurteilen sie ebenfalls. Die Parole war von einigen Heißspornen ausgegeben worden. In welchem Umfang ihr Folge geleistet worden ist, läßt sich naturgemäß nicht erkennen, da ja alle Arbeiter pünktlich zum Dienst erscheinen und anscheinend auch ihre Pflicht pünktlich ausführen. Jedenfalls ist aber der Personenverkehr nicht wesentlich behindert worden, und nur die Gepäckbeförderung hat gelitten.

Übrigens sind die neuerlichen Lohnforderungen von den offiziellen Organen der Gewerkschaften dem Zentrallohnamt (Central Wages Board) vorgelegt worden und werden dort von den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorschriftsmäßig geprüft und erledigt werden.

Im ganzen darf man wohl sagen, daß das Interesse der großen Öffentlichkeit an den Fragen des Arbeitsmarktes durch aktuellere Probleme auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiet zurückgedrängt wird. San Remo, Spaa, Zivilluftschiffahrt und vor allem Irland sind die Themen, die zurzeit die Spalten der englischen Presse füllen. Die täglich eintreffenden Neuigkeiten über die Situation in Irland und die sich an sie anknüpfenden Besprechungen in Parlament und Presse zeigen, daß die Lage noch immer gespannt ist, wenngleich sie sich für den entfernteren Beobachter nur als Teilerscheinung einer sich allmählich abwickelnden Bewegung darstellt und insofern nichts Neues bringt. Über diese Ereignisse treten die Pläne zur Errichtung regionaler Selbstverwaltungskörper (Federal Devolution) in den Hintergrund und doch sind sie für die zukünftige Entwicklung Englands zweifellos von erheblichem Wert,

Eine im Oktober eingesetzte Kommission dürfte in kürzester Zeit der Regierung ihre Berichte einreichen, wenn es nicht schon bei Veröffentlichung dieser Zeilen geschehen ist. Bisher steht fest, daß die Kommission zu keinem einheitlichen Resultat gelangt ist, aber im Prinzip ist man der gleichen Ansicht. England im engeren Sinne, Wales und Schottland sollen für die Fragen lokaler Natur Selbstverwaltung erhalten; wie die Selbstverwaltungsorgane gebildet, ob sie aus Mitgliedern des gegenwärtigen Parlaments zusammengesetzt werden, oder aus neu zu wählenden Lokalparlamenten bestehen sollen, ob in den drei Teilen des Vereinigten Königreichs das Ein- oder Zweikammersystem eingeführt werden soll, und welche Befugnisse die beiden Kammern gegebenenfalls haben sollen, darüber werden die Berichte, die die Kommission dem Parlament vorlegen wird, verschiedener Meinung sein. Interessant ist, daß entgegen dem ursprünglichen Plan Irland von dieser Kommission nicht mit behandelt worden ist. Die Ereignisse dort haben sich eben überstürzt und das Abwarten auf Berichte langwieriger Kommissionen unmöglich gemacht.

*

Am 15. 4. hat die Bank von England ihren Diskont auf 7 % erhöht, nachdem er zuletzt am 6. 11. v. J. von 5 auf 6 % erhöht wurde; die unmittelbare Veranlassung zu dieser Maßregel ist dem Anschein nach die Erhöhung der Diskontsätze für Schatzwechsel um 1 % am 14. 4. gewesen und diese Erhöhung wiederum fand ihren Grund anscheinend in der Tatsache, daß der Satz von 5½ % für Schatzwechsel keinen genügenden Anreiz für das anlagesuchende Kapital mehr bildete. Es waren in den beiden ersten Aprilwochen für 63 Mill. £ mehr Schatzscheine fällig geworden, als eingegangen, und diese Summe hat zum weitaus größten Teil durch Darlehen bei der Bank von England im Wege der Ways and Means Advances gedeckt werden müssen. Um solche plötzlich auftretende Geldklemmen bei der Regierung zu vermeiden, ist aber die Erhöhung der Sätze für kurzfristiges Geld kein geeignetes Mittel. Zu diesem Zwecke trifft der Schatzkanzler andere Maßregeln. Er will durch eine neue Emission die schwebende Schuld verkleinern. Die Details dieser Anleihe, die seit dem 3. 5. in unbeschränkter Höhe zur Ausgabe gelangt, sind interessant und neuartig und lohnen deshalb eine genauere Betrachtung. Die Eingänge aus den Zeichnungen werden ausschließlich zur Konvertierung der schwebenden Schuld verwandt, d. h. zur Rückzahlung der Ways and Means Advances und der Schatzscheine, doch ist zu beachten, daß der Wortlaut in diesem Punkt nicht ganz klar ist, man kann also mit der Möglichkeit rechnen, daß die Eingänge aus diesen Bonds auch zu andern Staatszwecken Verwendung finden, falls die Regierung in Geldverlegenheiten sein sollte. Die Bonds laufen bis zum Jahre 1935, sind aber nach einjähriger Kündigung seitens des Schatzamts oder der Gläubiger vom 1. 5. 1925 jeweils am 1. 5. oder 1. 11. eines jedes Jahres rückzahlbar. Der Zinsfuß beträgt 5 % und wird halbjährlich am 1. 5. und 1. 11. ausbezahlt; er erhöht sich um 1 % p. a. für jedes halbe Jahr, in dem der Prozentsatz zu dem Schatzwechsel ausgegeben werden, 5½ % oder mehr beträgt, und um 2 % p. a., falls er 6½ % oder mehr beträgt. Für das laufende Halbjahr werden also Zinsen von 7 % p. a. gezahlt. Diese Regulierung des Zinsfußes für langfristige Anleihen nach dem Satz für kurzfristiges Geld steht in der neueren Anleihetechnik einzig da: sie ist bei der neuen Anleihe wirksam nur bis zum Jahre 1925, in welchem Jahr die Kündigungsklausel den Gläubiger gegen Zinsverlust bei hohem landesüblichen Zinssatz schützt, wie sie auch dem Staat die Möglichkeit gibt, bei niedrigem Zinssatz die Anleihe zu konvertieren. Der „Economist" sieht in dieser Anleihe ein gutes Mittel zur Tilgung der schwebenden Schulden des Reichs, befürchtet aber, daß das Publikum durch die komplizierten Bedingungen des neuen Papiers, deren Tragweite schwer zu beurteilen ist, sich abschrecken lassen wird. Ferner befürchtet man, daß die neuen Bonds kein eigentliches Publikum haben werden, da sie für den Geldmarkt zu langfristig, für den Kapitalisten zu kurzfristig sein dürften. In den Spalten der englischen Presse wird, wohl in der Absicht, Propaganda zu machen, wieder die Zwangsanleihe an die Wand gemalt, falls die Anleihezeichnung versagen sollte. Auch die Besteuerung des Kriegsgewinnes wird wieder lebhafter besprochen. Ob das die so dringend notwendige Rückkehr zur Sparsamkeit fördern würde? Man darf daran zweifeln.

In diesem Zusammenhang mag die Gründung der „League to enforce Economy" Erwähnung finden, die eine Verminderung der Staatsschuld, eine Herabdrückung des Preisniveaus durch Einschränkung der Inflation, und hierdurch wieder einen Abbau der Steuern zum Ziele hat. Lord Beauchamp, der alte Vorkämpfer für Freihandel und Liberalismus, steht an der Spitze der League und der „Common Sense", ein Blatt, das ebenfalls die wahren Ideale des alten englischen Liberalismus hochhält, steht der Bewegung nahe.

Die Erhöhung des Banksatzes ist also keineswegs auf die Erhöhung des Diskontsatzes für Schatzwechsel zurückzuführen; in früheren Zeiten hätte man den Grund in dem Abfluß von Gold aus der Bank von England, in ihrem schlechter werdenden Status und in den Devisenkursen gesucht und gefunden. Auch das gilt jetzt nicht; der feine Mechanismus des Geldmarktes ist zerschlagen. Das Pfund Sterling steht noch weit unter Weltmarktparität. Der Sterlingkurs hatte sich im Laufe des April erheblich gebessert; es wurden sogar bis 4 $ für das £ gezahlt, dann aber trat eine scharfe Reaktion ein, von der sich das £ jedoch bald wieder erholte, und Ende April zahlte man wieder ca. 3,85 $. Die englische Regierung hat offenbar durch Maßregeln, wie den Ankauf von Dollarwerten, den sie seit dem 12. 4. wieder aufgenommen hat, zur Besserung der Valuta beigetragen, denn obschon die Erlöse dieser Werte zur Rückzahlung der Anglo-Französischen Anleihe verwandt werden sollen, so befreit doch die Beschaffung von Devisen auf diese Weise den Markt von einem ständigen Druck, der an sich viel mächtiger ist, als daß er durch die Erhöhung des Banksatzes um 1 % hätte beseitigt werden können. Wenn wir die Gründe untersuchen wollen, auf die die Erhöhung zurückzuführen ist, ist es gut, einen Blick auf die internationalen Geldmärkte überhaupt zu werfen, und da ergibt sich, daß fast alle Märkte in jüngster Zeit ihren Satz erhöht haben.

Paris	auf 6 %	erhöht	am	8. 4. 20	gegen	5 %	seit	20. 8. 19
Brüssel ...	„ 4½ „	„	„	1. 4. 20	„	3½ „	„	5. 6. 18
Italien	„ 5½ „	„	„	6. 4. 20	„	5 „	„	11. 1. 19
Schweden .	„ 7 „	„	„	18. 3. 20	„	6 „	„	12. 6. 19
Helsingfors	„ 8 „	„	„	22. 3. 20	„	7 „	„	18. 11. 19

Es fehlt in der Tabelle von großen Zentren nur die neue Welt. Besonders auffallend ist die Erhöhung in Frankreich, dem Land der stabilen Zinssätze. Dieser Hinweis mag genügen, um zu zeigen, daß wir vor einer internationalen Geldteuerung stehen, wie sie in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur nichts außergewöhnliches ist, und daß wir, zum mindesten in England, eine solche Hochkonjunktur beobachten können, unterliegt keinem Zweifel. Ja, noch mehr, wir stehen wohl in England schon am Rande des Umschlags; vielfach hört man schon klagen über die Überfüllung der Lager mit Waren, die keine Abnehmer finden. Dabei scheint nicht einmal Überproduktion vorzuliegen, vielmehr hofft man in England, genau wie bei uns, auf ein Herabgehen der Preise wegen der Besserung der Valuta und ferner dadurch, daß die Verteuerung des Geldes, die nun einmal eine internationale Er-

scheinung ist, es den Händlern nicht möglich machen wird, ihre Lager länger zu halten.

Auch auf der Börse kann man wahrnehmen, daß der Höhepunkt der Konjunktur erreicht ist. Die mit hundert Erwägungen begründete flaue Stimmung, die im März vorherrschend war, hat angehalten. Politische Konflikte (San Remo, Frankfurt), Unsicherheit wegen des Banksatzes (sie wurde nach seiner Erhöhung nicht beseitigt, da man eine weitere auf 8 % erwartete), Besorgnisse wegen des Budgets (daß es günstiger ausfiel als erwartet, vermochte indessen keinen belebenden Einfluß auszuüben), Arbeiterschwierigkeiten im In- und Ausland seien als solche Momente erwähnt. Der neue Typ der Fünf-Fünfzehner-Regierungsbonds drückte auf die Kriegsanleihe; die alten Staatsanleihen haben im Lauf des April ihren tiefsten Stand erreicht, den sie je aufgewiesen haben, konnten sich aber gegen Ende wieder erholen; englische Eisenbahnobligationen werfen eine Rendite bis zu 9 % ab und es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß Underwriters auf Lokal- und Kommunalanleihen schon bis 85—90 % der Emission haben aufnehmen müssen. Wie stark die Kursrückgänge der Effekten waren, ergibt sich aus der bekannten Statistik des „Bankers Magazine" die monatlich den Gesamtwert von 387 Haupteffekten der Londoner Stock Exchange berechnen. Sie sind im April um 147 Mill. £ = 5,7 % gegenüber dem März gefallen und zwar erstreckt sich dieser Rückgang ausnahmslos auf alle Gruppen von Papieren. In vielen englischen Kreisen und teilweise auch in der Presse begrüßt man diese Zeichen eines Konjunkturumschlags mit Genugtuung, da er zu gesunden Verhältnissen zu führen verspreche.

Dr. Th. Paul

Sibirien

Die politische Lage — Die sibirischen Wirtschaftsverbände — Die Aussichten für Absatz und Ausfuhr — Neue Eisenbahnprojekte — Der Seeweg durch das Eismeer

„Es gab mir Mut und Glauben an das Leben, mit eigenen Augen zu sehen, wieviel Raum noch die Erde birgt für Millionen Heimwesen glücklicher Menschen!" schreibt Fritjof Nansen im Vorwort seines vorzüglichen Buches über Sibirien — ein Zukunftsland. Diese Worte sagen ungefähr das, was man empfindet, wenn man sich mit Sibirien und den Aussichten, die sein Erstarken und wirtschaftliches Erwachen eröffnen, beschäftigt. Der Krieg und die russische Revolution befreiten Sibirien von der drückenden Abhängigkeit von den Petersburger Behörden und einer Regierung, die für das ferne Kolonialreich weder Verständnis noch Interesse hatte. Der russische Staat verstand nicht zu kolonisieren. Er hat für Sibirien nur wenig getan; der Hauptstrom russischer Auswanderer ging nach Amerika, bis der japanisch-russische Krieg Sibirien in die Höhe brachte. Während im Laufe von dreihundert Jahren nur etwa 3 Millionen Menschen aus Rußland nach Sibirien zogen, hat sich allein in den acht Jahren von 1905—13 die gleiche Zahl Ansiedler in Sibirien niedergelassen. Es entstanden mit unglaublicher Schnelligkeit neue Städte, das Bahnnetz wurde weiter ausgebaut, die Strecke um den Baikalsee vollendet, an einem Teil der großen sibirischen Bahn das zweite Gleis gebaut. Dann kam der Krieg, der Sibiriens tapferen Söhnen den Ruhm brachte, Rußlands beste Regimenter gebildet zu haben, und schließlich die Revolution, die mit einem Schlage Sibirien zu neuem Leben erweckte. Weitgehende Autonomie war bald erreicht, und wenn die einzelnen Phasen des seit dem bolschewistischen Umsturze einsetzenden Bürgerkriegs auch manche Zerstörungen und viel Blutvergießen zur Folge hatten, so konnte sich doch eigene Initiative entwickeln, und die Sibirier haben ihr Schicksal seitdem in eigenen Händen. Wenn sie auch Russen sind, so haben sie doch ihre eigenen Interessen und unterscheiden sich recht wesentlich von den Bürgern des Heimatreiches: die Natur des Landes hat sie gekräftigt, hat sie weitsichtig und vorurteilslos, hat ihren bäuerlichen Sinn nüchtern und praktisch und zielbewußt werden lassen, im Unterschied zu den unbeständigen, utopischen Phantastereien und lebensfremden Ideen so stark unterworfenen, energielosen Großrussen westlich vom Ural. Wenn politisch das Schicksal Sibiriens auch noch völlig ungewiß ist, wenn heute noch nicht abzusehen ist, in welchem Verhältnis Sibirien in Zukunft zu Rußland und zu Japan stehen wird, — eines haben die Ereignisse doch schon geklärt, daß die wirtschaftliche Zukunft Sibiriens eine zunehmend selbständige und außerordentlich aussichtsreiche zu werden verspricht.

Die politische Lage ist gegenwärtig folgende: japanische Truppen haben sich im Süden Sibiriens bis an den Baikal herangeschoben und halten alle wesentlichen Eisenbahnpunkte besetzt. Die Besetzung besteht jedoch nur aus Vorposten und ist rein militärisch. Das Land wird regiert von einer gemäßigt-sozialistischen nationalen Semstworegierung, die sich mit den örtlichen Sowjets verständigt hat. Die Wirtschaftspolitik wird beherrscht von den großen Wirtschaftsverbänden, die in der Regierung vertreten sind. Dichter wird die japanische Besetzung erst östlich vonTschita im Amurgebiet und Chabarowsk; Wladiwostok steht gegenwärtig unter japanischer Herrschaft.

Nordsibirien hat eine eigene Regierung; bolschewistische Truppen sind nicht hingekommen. Westlich vom Baikal ist Sibirien bolschewistisch.

Sibirien ist während des Krieges nicht so ausgebeutet worden wie Rußland; den kooperativen Verbänden der Konsumgenossenschaften ist es gelungen, ihre Organisationen immer weiter auszubauen und etwa 75 % des Gesamthandels zu beherrschen. Bei Ausbruch des Krieges hatte Sibirien 1926 Genossenschaften, davon 865 Konsum-, 932 Kredit-, 129 landwirtschaftliche Genossenschaften. Da die Bevölkerung damals 9,5 Mill. Einwohner betrug, so kamen auf eine Genossenschaft 4932 Einwohner. Heute beträgt die Bevölkerung mindestens 15 Millionen, nach anderen Angaben soll sie sogar noch wesentlich stärker zugenommen haben. Dementsprechend sind auch die Genossenschaften gewachsen und haben den wirtschaftlichen Aufbau des Landes zielbewußt selbst in die Hände genommen. Unter den öffentlichen Verbänden ist vor allem der neuerdings gegründete Sibsemgor (Sibirskij Semskij sojus gorodow) ‚d. h. sibirischer Städteverband, zu nennen, der sich dem Wiederaufbau und der Ausgestaltung der Städte im technischen Sinne widmet und im Begriff ist, große Bestellungen zu vergeben. Außerdem bestehen noch verschiedene andere große und einflußreiche Genossenschaftsverbände, von denen die wichtigsten der Zentrosojus, Sibkredsojus, Sakupsbyt sind. Ihnen gehören zahlreiche Genossenschaften an, die durch Vermittlung der Verbände Aufträge erteilen und große Mengen von Rohstoffen zu liefern in der Lage sind. Sie haben diese Rohstoffe auch meist schon

greifbar aufgestapelt. Ein dauernder Bezug von Rohstoffen durch die Genossenschaften ist aber nur dann möglich, wenn diesen im Austausch sofort fertige Waren geliefert werden, da erst gegen deren Abgabe die Genossenschaften von ihren Mitgliedern mit neuen Rohstoffen beliefert werden.

Die sibirischen Genossenschaften, an ihrer Spitze ihr großer Zentralverband, der „Allsibirische Zentralverband der genossenschaftlichen Vereine und Genossenschaften" (russ. „Sakupsbyt"), sind heute in Sibirien einer der Grundfaktoren des gesamten Wirtschaftslebens, ja wohl der führende Faktor. „Sakupsbyt" bedeutet nicht weniger als die Zusammenfassung der Konsumkraft der weitaus größeren Hälfte der sibirischen Bevölkerung. Zugleich bedeutet er die Zusammenfassung und Organisierung eines bedeutenden Teiles der Rohstoffproduktion Sibiriens. Außerdem hat er die Konsumenten und bäuerlichen Rohstoffproduzenten auf den Weltmarkt hinausgeführt. Beziehungen zum englischen, skandinavischen und amerikanischen Markt sind bereits angeknüpft.

Die Genossenschaften und Wirtschaftsverbände werden die Vermittler für die europäischen Exporteure und Aufkäufer der Landesprodukte abgeben. Sie verfügen über die Rohstoffe und, zum Teil wenigstens, über die notwendigsten Kredite zum Einkauf der in großen Mengen benötigten Maschinen, Medikamente, Textilwaren. Solange europäische Firmen ihre Zweigstellen und Agenturen in Sibirien nicht wiedereröffnet haben, werden es diese Verbände sein, die die Organisation des sibirischen Außenhandels zu realisieren haben werden. Bisher war die Ausfuhr natürlich nur gering. Im Jahre 1919 hat Sibirien nach einer amtlichen Veröffentlichung des Handelsministeriums in Omsk mit Amerika, China, Dänemark, England, Japan und der Mongolei in Handelsverkehr gestanden und nach diesen Ländern hauptsächlich Werg, Wolle, Holz, Pelzwerk, Butter, Seide, Kupfer, Graphit und Asbest ausgeführt. Der Außenhandel wird durch den Versorgungsminister kontrolliert und vorwiegend durch die großen sibirischen Genossenschaften bewerkstelligt. Ausfuhrbewilligung für Rohstoffe sind für annähernd eine Milliarde Rubel erteilt worden.

Die Absatzverhältnisse auf dem sibirischen Markt sind sehr günstig. Der Bevollmächtigte des tschecho-slowakisches Heeres berichtete darüber dem Prager Handelsministerium: „In der Hauptsache gelangen zurzeit japanische Erzeugnisse auf den sibirischen Markt. Sie erfreuen sich zwar trotz ihrer Billigkeit keiner sehr großen Beliebtheit, werden indessen mangels besserer Waren gekauft. Als Konkurrenten treten in erster Linie die Amerikaner und seit einiger Zeit auch die Engländer auf, die beide höhere Preise verlangen, dafür aber auch unvergleichlich bessere Waren liefern. In den letzten Wochen hat sich auch der deutsche Handel bemerkbar gemacht, die von ihm angebotenen Artikel sind außerordentlich begehrt und werden recht gut bezahlt, denn dem deutschen Kaufmann geht auch jetzt noch der gute Ruf seiner früheren Solidität voraus. Die japanischen Firmen, die den Yenkurs auf eine unerhörte Höhe heraufgeschraubt haben, verkaufen ihre Waren genau zum Tageskurse, schlagen aber noch 30 % auf, die Amerikaner geben Waren nur gegen Dollars ab, die Engländer, wegen der fortwährenden Schwankungen des Rubelkurses, nur gegen Zahlung in fremden Valuten."

Das von dem französischen Handelsministerium neugegründete „Office Commercial Francais en Russie", das in Omsk und Archangelsk besondere Vertreter hat, gibt über die Absatzmöglichkeiten in Sibirien folgenden Bericht: „Die notwendigen Waren für Sibirien sind: Schwere Wollstoffe, sonstige Kleiderstoffe, Nähgarn, Steck- und Nähnadeln, Knöpfe, wollene Schals und Halstücher, Wollstoffe für Trikots und Trikotwaren, Sweater, Nähseide, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Wagen, Sensen, Nägel, Hufeisen, Messer, Nähmaschinen, Uhren, Gummi, Stahlfedern und ganz besonders pharmazeutische Produkte. In den Depots von Krasnojarsk und Jenisseisk liegen 60 000 Pud Leinen, die die sibirischen Genossenschaften der norwegischen Schiffahrtskompagnie zur Verfügung gestellt haben. Die sibirische Regierung gestattet deren Ausfuhr aber nur gegen entsprechende Einfuhr von Gegenständen des notwendigen Bedarfs." — Über die vorrätigen Ausfuhrartikel ist zu sagen, daß Landesprodukte nach einer Reihe von Angaben in großen Mengen vorhanden sind. Über das Gouvernement Jenisseisk — um ein Beispiel herauszugreifen — gibt es folgenden ausführlichen Bericht des englischen Vizekonsuls: „Das Gouvernement Jenisseisk vermag in nächster Zeit beträchtliche Mengen Korn, Hanf, Flachs, Häute, Borsten, Pferdehaar, Pelze, Nutzholz, Fische und sonstige landwirtschaftliche Produkte auszuführen. Die Getreideernte des Gouvernements betrug in den letzten Jahren in Mill. Pud:

	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste		Roggen	Weizen	Hafer	Gerste
1913..	11,7	8,7	10,1	1,4	1917..	11,2	10,6	9,8	1,2
1914..	16,2	10,4	11,3	1,6	1918..	11,3	12,3	11,0	1,2

Es wird angenommen, daß etwa 16 v. H. der Jahresproduktion für die Ausfuhr verfügbar sind. Die Überschüsse des Jahres 1918 betrugen (in 1000 Pud): Roggen 466,7, Weizen 2604, Hafer 3921,8, Gerste 179,5. Die Jahresproduktion beträgt in Hanf etwa 150 000, in Flachs etwa 100 000 Pud; an Häuten: Rinderhäute 40—50 000, Kalbhäute 60 000; an Borsten etwa 50 000 Pud. Vor dem Krieg wurde diese Ware an auswärtige Märkte versandt. Die Jahresproduktion an Pferdehaar beträgt etwa 50 000 Pud. Der Pelzhandel lag vor dem Kriege hauptsächlich in deutschen Händen. Die einheimischen Kaufleute arbeiteten unmittelbar mit Leipzig oder unter Vermittlung ihrer Moskauer Agenten. Etwa folgende Zahl von Fellen ist in diesem Gouvernement aufgebracht worden: Eichhörnchen 1—1,5 Mill. Stück; Weißfuchs 8—15 000 Stück; Rotfuchs 3000 Stück; Hermelin 10—15 000 Stück; Zobel 2—3000 Stück; Iltis 2—4000 Stück; brauner Vielfraß 5—800 Stück; Wolf 5—800 Stück; Bär 3—500 Stück; Luchs 3—500 Stück; Flußotter 300 Stück; weißer Hase 15—20 000 Stück.

Wenn der Seeweg durch das Karische Meer entwickelt werden kann, wird der Handel erst richtig aufblühen können, was besonders dem Holzhandel zugute kommen wird; denn die unerschlossenen Waldbestände sind außerordentlich groß. Die vorkommenden Baumarten sind: Zedern, Tannen, Kiefern, Lärchen, Birken. Zur Begründung des Ausfuhrhandels genügt es nicht, Kaufleute zu senden, die Waren von den Großkaufleuten kaufen und sie nach dem Auslande senden; es müssen vielmehr Kontore eingerichtet und Zweiggeschäfte in den kleineren Städten geschaffen werden, da keine zuverlässigen Agenten vorhanden sind."—

Die sibirische Regierung beabsichtigt im größten Stile an die Erschließung des Landes heranzugehen und verhandelt mit vorwiegend amerikanischen Finanzgruppen über die Vergebung von Eisenbahn- und Waldausnutzungs-Konzessionen.

Analog dem Projekte, das der Volkskommissar Lomow für Sowjetrußland ausgearbeitet hat (vgl. Nr. 16 v. 16. 4. 20) und das bereits die Vergebung einer Konzession für die Strecke

Kusnezk-Tomsk vorsieht, sollen in Sibirien umfangreiche Waldungen zur Ausbeute an Gesellschaften vergeben werden, die gleichzeitig zu Eisenbahnbauten bereit wären. Beabsichtigt ist der Bau folgender Strecken:

1. Die Süd-Sibirische Bahn, die von Orsk im Bezirk Orenburg durch die kirgisische Steppe nach Semipalatinsk führen soll. Die Gesamtlänge der neuen Strecke würde auf etwa 1000 Meilen zu berechnen sein. Das Syndikat, welches Inhaber der Konzession ist, verhandelt gegenwärtig wegen einer Anleihe von 2 Mill. $.

2. Als Zweiglinie wird von einer Strecke nach den Kupferbergwerken von Akmolinsk gesprochen.

3. Die Linie Slawgorod-Semipalatinsk-Wernyj soll Nord-Süd laufen, eine Verbindungsstrecke zwischen der südsibirischen und transsibirischen Bahn bilden und eine Länge von fast 1000 Meilen haben.

4. Die Petropawlowsk-Koktschetaw-Bahn soll der transsibirischen Linie in einer Länge von ungefähr 100 Meilen parallel laufen und wird zweifellos seiner Zeit mit der südsibirischen Bahn verbunden werden.

5. Koltschugino-Kusnetzk, 6. Kusnetzk-Barnaul, 7. Jekaterinenburg-Simarskayjaund Shadrinsk-Kurgan, 8. Atchinsk-Jenisseisk, 9. Minussinsk- und 10. Lena-Bahn sind Strecken von mehr lokaler Bedeutung.

11. Die Nordsibirische Bahn längs des Irtyschflusses und von dort nach Tomsk soll den Waldungen der Provinz Tobolsk eine Verbindung mit der Hauptlinie schaffen.

12. Vorgeschlagen sind ferner eine Linie von Irbit nach Tobolsk; eine Nordural-Bahn und schließlich eine Kjachta-Bahn.

Diese Bahnen würden unzählige Gebiete, die jetzt nur äußerst schwer erreichbar sind, dem Verkehr eröffnen und dürften schon in der Zeit des Baues diese beleben und wirtschaftlich erschließen, so daß wohl ein Strom von Kolonisten, Arbeitern, Händlern, dahin gelenkt werden dürfte. Sibirien besitzt jetzt ja eigentlich nur die eine große Bahn, die es von Westen nach Osten durchquert; wenn man bedenkt, wie diese eine Strecke Sibirien fast plötzlich belebte, so kann man die Bedeutung dieser neuen Projekte nicht nur für Sibirien, sondern für den Weltmarkt, dem dadurch erst die Fülle der Landesprodukte zugänglich und greifbar gemacht werden würde, ungefähr ermessen. Für Nordsibirien ist die Schaffung eines direkten Schiffahrtsweges durch das Eismeer von gleicher Wichtigkeit.

Ein selbständiges Sibirien wird überhaupt erst möglich sein bei geregelter Verbindung mit dem Auslande und diese muß dann das Eismeer dem Verkehr öffnen. Die Mündungen des Obj und des Jenissei gestatten ein tiefes Eindringen ins Festland. Der Jenissei ist bis Krasnojarsk schiffbar, der Fluß Obj soll jetzt von seiner Quelle bis zur Mündung erforscht werden. Es wäre von größter Bedeutung, für die Objschiffahrt Schiffsraum zu schaffen, da im Tale des Obj große Mengen Weizen zur Ausfuhr bereit liegen.

Die Lage der Amurschiffahrt hat sich wesentlich verschlechtert. Gegenwärtig wird der Schiffsverkehr auf dem Amur von der Amurdampfschiffahrtsgesellschaft sowie von einigen Dampfern der Ssormowo-Werke versehen. Auch hat die Freiwillige Flotte einige ihrer Schiffe für den Flußverkehr zur Verfügung gestellt. Der Ausbau des Hafens von Nikolajewsk soll in diesem Jahre vollendet werden.

Der Verkehr von der Küste des Stillen Ozeans aus geht durch Vermittlung einer japanischen Gesellschaft und der russischen Freiwilligen Flotte über Japan mit je einem Schiff die Woche.

Die Einrichtung regelmäßiger Verbindungen durch das Eismeer und den Stillen Ozean und die neuen Bahnbauten, von denen einige bereits begonnen sein sollen, wird das allgemeine Interesse für Sibirien außerordentlich beleben. Schon jetzt verlautet vielerlei über neue Geschäftsverbindungen dorthin und Neugründungen sibirisch-ausländischer Gesellschaften. So ist eine Gesellschaft mit einem volleingezahlten Aktienkapital von 600 000 Kr, das auf 1½ Mill. Kr erhöht werden kann, gegründet worden. Die Gesellschaft wird in Sibirien das Trocknen von Milch, Blut, Fleisch und Fischen nach einer besonderen Methode (Blom und Gledies Patent), das sich die Gesellschaft gesichert hat, unternehmen. Außerdem wird sie in der Zusammenarbeit mit der Handelsgesellschaft Rusamko Ltd. Produktenhandel betreiben.

Auch Auswanderer werden sich von diesem zukunftsreichen Lande angezogen fühlen. Es ist natürlich aufs entschiedenste davor zu warnen, vorzeitig an eine Auswanderung nach Sibirien zu denken, solange die politischen Verhältnisse noch so ungeklärt sind und besonders die japanischen Absichten im Dunkel liegen. Zu einem späteren Zeitpunkte wird aber Sibirien gerade deutschen Auswanderern mehr bieten können als andere Länder.

Dr. Hans von Eckardt

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	17. 5.	17. 5.	17. 5.	17. 5.
	ℳ	ℳ	fl	fr
Amsterdam, 100 fl...	1771,25	1775,20	—,—	207,25
Barcelona, 100 Pesetas	—,—	811,60	46,—	95,25
Berlin, 100 ℳ	—,—	—,—	5,70	11,75
Brüssel, 100 fr.....	340,—	339,45	19,—	40,—
Budapest, 100 K	—,—	21,09	—,—	—,—
Buenos Aires.....	—,—	—,—	—,—	240,—
Helsingfors, 100 FM.	245,—	252,20	—,—	—,—
Kopenhagen, 100 Kr.	808,75	806,70	45,20	95,25
Kristiania, 100 Kr...	902,50	894,10	50,95	107,—
London, 1 £.....	186,12½	185,80	10,51	21,75
Madrid, 100 Pesetas.	—,—	811,60	46,—	95,25
New York, 1 $.....	48,25	48,27	275,—	5,69
Paris, 100 fr.....	324,50	321,65	18,50	38,—
Prag, 100 K	88,—	85,70	—,—	10,10

	ℳ	ℳ	fl	fr
Rom, 100 Lire.....	240,—	235,75	13,50	27,50
Stockholm, 100 Kr..	1025,—	1021,50	57,75	119,50
Wien, 100 K.... neu	23,75	22,22	1,35	2,80
Zürich, 100 fr	857,50	855,10	48,45	—,—

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	17. 5.	17. 5.	14. 5.	14. 5.	13. 5.
	K	K	fr	£	$
Amsterdam, 100 fl	7800,—	—,—	560,—	10,49	—,—
Berlin, 100 ℳ ..	469,—	115,75	31,—	186,—	2,01
Kopenhagen, 100 Kr	38,50	—,—	263,50	—,—	—,—
London, 1 £ ...	—,—	—,—	55,29	—,—	3,76⅜ für 1 £
New York, 1 $..	—,—	—,—	15,25½	—,—	—,—
Paris, 100 fr	—,—	—,—	—,—	58,20	15,22 fr (für 1 $)
Wien, 100 K ...	—,—	25,25	—,—	—,—	—,—
Zürich, 100 fr ..	37,50	—,—	269,75	—,—	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für London für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

17. 5.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark.....	−93,96	−90,05	—	—	+300,—
Dt.-österr. Krone	−97,32	−93,—	—	—	—
Französ. Frank.	−61,46	−62,—	—	—	—
Pfund Sterling .	−13,21	−13,76	—	—	—
Dollar	+10,54	+ 9,84	—	—	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	7. 5.	14. 5.
Alexandrien	97 7/16 d pari	97 7/16 d pari
Bombay/Kalkutta	2 s 1 1/2 d—2 s 2 d	2 s 1 1/8 d—2 s 1 1/4 d
Hongkong	4 s 4 1/2 d	4 s 1 d
Schanghai	6 s 0 d—6 s 1 1/2 d	5 s 8 d—6 s 0 d
Singapore	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d
Yokohama	2 s 7 1/2 d—2 s 8 1/4 d	2 s 8 1/4 d—2 s 8 1/2 d
Montevideo T.T.....	61 1/8 d—61 5/8 d	62 3/8 d—62 7/8 d
Rio de Janeiro	16 5/8 d	—
Buenos Aires T.T.....	60 1/4 d—60 1/2 d	60 5/8 d—60 7/8 d
Valparaiso 90 T.	12 11/32 d	11 13/16 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Reichsbank hat den Ankaufspreis für Silbergeld auf 5 ℳ für 1 ℳ Nennwert ermäßigt. („Rheinisch-Westf. Ztg.", Nr. 321 v. 8. 5. 20.)

Die Nationalbank veröffentlicht die Angaben der Handelsstatistik über den Edelmetallverkehr der Schweiz im abgelaufenen Jahre. Daraus ergibt sich, daß die Einfuhr von Goldbarren in diesem Jahre größer war als in irgendeinem früheren. Es wurden nämlich für 18,27 Mill. fr Barren eingeführt. Diese Ziffer bleibt hinter der im Geschäftsbericht der Nationalbank angegebenen Vermehrung des Goldbarrenbestandes (34 Mill. fr) bedeutend zurück. Die Differenz kann wohl darauf zurückgeführt werden, daß ausländische Goldmünzen zu Barren umgeschmolzen worden sind. Weiter geht aus der Zusammenstellung hervor, daß die Einfuhr an Silbermünzen im Jahre 1919 wieder einen bedeutenden Betrag erreicht hat, nachdem sie im Jahre 1918 auf eine sehr geringe Summe gesunken war. Es wurden 1919 eingeführt 18,45 Mill. fr Silbermünzen, davon allein 11 Mill. fr aus Frankreich. Umgekehrt gingen für 3,95 Mill. fr (1918 1 Mill. fr) Silbermünzen aus dem Lande, fast ausschließlich nach Frankreich. Bemerkenswert ist, daß der gesamte Edelmetallverkehr mit Frankreich sich fast ausschließlich im letzten Vierteljahr 1919 abgespielt hat. („Neue Zürcher Zeitung".)

Die von der polnischen Presse verbreitete Nachricht, daß die Durchführung der Valutareform in Polen bestimmt im Laufe des Jahres zu erwarten sei, wird vom polnischen Finanzministerium dahin abgeschwächt, daß die Reform noch keineswegs reif sei. Es wird jedoch angekündigt, daß die Reform nicht durch eine Wertverminderung der polnischen Mark eingeleitet wird. Die Durchführung der Valutareform ist nicht als mechanisches Ersetzen der Mark durch den Gulden (Zloty) zu einem für die Mark ungünstigen Kurse gedacht, das Finanzministerium beabsichtigt auch nicht, die Reform damit zu beginnen. („Industrie- und Handels-Ztg.", Nr. 98 v. 8. 5. 20.)

Die indischen Goldbergwerke verzeichnen für den Monat Februar eine Ausbeute von 38 872 Unzen. Sie ist um 2000 Unzen größer als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. („Deutsche Bergwerks-Ztg.", Nr. 91 v. 18. 4. 20.)

Über die Goldausbeute Australiens liegen folgende Zahlen vor:

	Unzen fein		Unzen fein		Unzen fein
1901...	3 392 228	1908...	3 074 374	1915...	1 946 908
1902...	3 487 030	1909...	2 968 992	1916...	1 665 827
1903...	3 836 095	1910...	2 720 902	1917...	1 456 169
1904...	3 742 549	1911...	2 484 063	1918...	1 277 474
1905...	3 660 995	1912...	2 325 933	1919...	1 074 713
1906...	3 440 606	1913...	2 207 433		
1907...	3 181 728	1914...	2 054 968		

Die Zahlen zeigen seit 1903 eine stetige Verminderung der Ausbeute. („Industrie- und Handelszeitung", Nr. 86 v. 23. 4. 20.)

Die gegenwärtige Rentabilität des Goldbergbaues beruht darauf, daß infolge Entwertung der englischen Währung eine starke Prämie auf Goldmetall gezahlt wird, derzufolge die südafrikanischen Erzeuger von Goldmetall für die Unze Feingold einen Erlös von 5—6 £ erzielen. („Weltwirtschaftliche Nachrichten", Nr. 244 v. 29. 4. 20.)

Nach einer Meldung der „Dépêche Marocaine" ist durch eine Verfügung des französischen Oberbefehlshabers in Marrakesch vom 14. 3. das Hassanigeld außer Kurs gesetzt und vom 20. 3. ab nicht mehr Zahlungsmittel in Französisch-Marokko. Dieses Vorgehen der französischen Verwaltung bringt für die marokkanische Geschäftswelt, vor allem für die Eingeborenen, schwere Nachteile mit sich. Schon während des Krieges hatte sich der Kurs des französischen Frank gegenüber der Hassani-Peseta laufend ungünstiger gestaltet und wurde schließlich nur noch zwangsmäßig zu Pari gehalten. Nach Abschluß des Waffenstillstandes konnte das inzwischen gehamsterte Hassani-Silbergeld nur dadurch wieder in Verkehr gebracht werden, daß dem Hassani der wirkliche Wert zugestanden wurde. Der Kurs sprang von 100 auf 150 bis 170. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 80 v. 16. 4. 20.)

Staatsanleihen

Der französische Senator de Monzie bezifferte in einer der letzten Sitzungen des Senats den Betrag der in französischem Besitz befindlichen russischen Staatspapiere auf 13,90 Milliarden fr ohne Einrechnung der Zinsrückstände. Bei Hinzunahme der Stadtanleihen, Handelswechsel der französischen Industrieinteressen erhöht sich der Betrag auf 25 Milliarden fr. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 80 v. 16. 4. 20.)

Da für die am 1. 5. d. J. fälligen Zinsscheine sowie für die per 1. 5. d. J. ausgelosten Obligationen der 4prozentigen türkischen Administrationsanleihe von 1903 Einlösungsmittel seitens der türkischen Regierung bisher nicht beschafft worden sind und auf einen Eingang solcher bis zur Fälligkeit auch nicht mehr gerechnet werden kann, so werden die Kupons und Obligationen zunächst unbezahlt bleiben. („Industrie- und Handelszeitung", Nr. 80 v. 16. 4. 20.)

Nach privaten Mitteilungen aus Argentinien in Wall Street beabsichtigt, wie die „Times" vom 14. 4. 20 berichtet, Argentinien die am 15. 5. d. J. rückzahlbare Sterling- und Dollaranleihe im Gesamtbetrage von rund 50 Mill. $ zu tilgen. Es handelt sich hierbei um 16 Mill £ (= 77,76 Mill. $ U. S. Gold) 6%ige Schatzscheine, die im Mai 1915 ausgegeben wurden und am 15. 5. 20 fällig sind. Die eine Hälfte der Anleihe wurde seinerzeit in London zum Kurse von 99, die andere Hälfte in den Vereinigten Staaten aufgelegt. Der Umrechnungskurs ist auf 4,86 $ = 1 £ festgesetzt.

Schiffahrt und Schiffbau

Frankreich

Affréteurs réunis. Daß nicht alle französischen Schiffahrtsgesellschaften schwer darniederliegen, wie man aus den dauernden Klageliedern der französischen Zeitungen entnehmen könnte, zeigt die Société des Affréteurs réunis, die mit ihrer Tochtergesellschaft, der Société des Vapeurs français, vor dem Kriege eine Flotte von etwa 50 000 t Tragfähigkeit besaß, davon während des Krieges 38 703 t verlor und jetzt schon wieder über 127 575 t verfügt, mit denen sie nicht nur wieder ihren alten Dienst nach Algier, Spanien und dem Mittelmeer, sondern jetzt sogar neue Verbindungen nach Nordamerika und dem nahen Orient aufgenommen hat. Es ist bezeichnend, daß die Gesellschaft nicht nur in Antwerpen, sondern auch in Straßburg eine Agentur errichtet hat, deren Aufgabe es ist, Frachten heranzuschaffen, besonders Kali aus dem Elsaß. Die Gesellschaft hofft, den einstigen Dienst der Deutschen Levante-Linie in ihre Hand zu bekommen. *P. W.*

Compagnie Générale Transatlantique. In der am 21. 4. 20 abgehaltenen Generalversammlung, die allerdings nicht beschlußfähig war, wurde dem Aufsichtsrat Entlastung hinsichtlich der gemäß Generalversammlungsbeschluß vom 22. 8. und 3. 10. 17 erfolgten Erhöhung des Aktienkapitals um 21 000 000 fr provisorisch erteilt. Die endgültige Beschlußfassung erfolgt am 8. 6. Wie der Vorsitzende des Aufsichtsrats mitteilt, wurde für dieselbe Zahl Aktien im Jahre 1917 18 662 Zeichnungen für 619 661 Aktien gezählt, gegen bei der diesmaligen Ausgabe 30 510 Zeichnungen für 1 001 094 Aktien. Von den 140 000 neuen Aktien zu 150 fr wurden 104 983 den alten Aktionären zugewiesen. Das Kapital der Gesellschaft beträgt jetzt 81 000 000 fr, eingeteilt in 460 000 gewöhnliche und 80 000 Vorzugsanteile. *P. W*

Staat und Handelsflotte. In seinen an dieser Stelle bereits mehrfach erwähnten (vgl. „W.-D." Nr. 17 und 19 von 1920) interessanten Betrachtungen über das Verhältnis von Staat und Reederei im „Semaphore de Marseille" kommt George Ripert zu folgendem Ergebnis: „Der Staat muß endgültig seinen Anspruch, selbst Reederei im Wettbewerb mit anderen französischen Reedereien treiben zu wollen, aufgeben . . . . . An dem Tage, an dem der Staat über seinen Besitz an Schiffen verfügt haben wird und sich nicht mehr als Konkurrent der anderen französichen Reeder betrachtet, wird er von der ganzen Angelegenheit ein anderes Bild bekommen. Selbst wenn alle Kriegsmaßnahmen, wie Beschlagnahme und staatlicher Reedereibetrieb, berechtigt und notwendig gewesen wären, so müsse doch heute der Staat auf die gesunde Auffassung zurückkommen, daß ihm das Recht der Kontrolle und der Oberleitung wohl zustehe, niemals aber die Berechtigung, selbst als Mitbewerber in den wirtschaftlichen Kampf einzutreten.

Von den Reedereien erwartet Ripert, daß sie sich in anderer Weise als bisher organisieren. Das bestehende Comité central, die Berufsvereinigung aller französischen Reeder, sei zu vielseitig und groß angelegt, um den Anforderungen der Neuzeit genügen zu können. Nach seiner Ansicht müssen die Linienreedereien eine neue Vereinigung gründen, in der neben ihren Vertretern solche des Staates und der Eisenbahngesellschaften sitzen. Die Tramreedereien sollen gänzliche Freiheit haben und ohne Einmischung des Staates Schiffahrt treiben. Die Linienreedereien werden z. Zt. noch auf staatliche Hilfe angewiesen sein. Ripert vertritt die stark anfechtbare Ansicht, daß es Aufgabe des Staates sei, als eine Art Schiedsrichter die verschiedenen Betätigungsfelder der Linienreedereien zu verteilen und dafür zu sorgen, daß die für Frankreich nötigen Verbindungen aufrecht erhalten werden und auf der anderen Seite unnötige Konkurrenz sowohl der französischen Gesellschaften untereinander, als auch französischer und ausländischer Gesellschaften vermieden wird. Weiterhin sei es Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß Anschlußlinien für Umladung an geeigneten Plätzen eingerichtet würden und auch die Eisenbahn mit den Reedereien Hand in Hand arbeite. Der rein kaufmännische Betrieb soll aber in Händen der Reeder bleiben und ihnen auch die genügende Aussicht auf Gewinne belassen, ohne, wie bei den früheren Postsubventionsbeträgen, die Möglichkeit offen zu lassen, bei gewisser Höhe der erzielten Gewinne die Subventionsbeträge einzuschränken. Man könne dem Staat gern das Recht lassen, an den Gewinnen teilzunehmen, da er dann bei der gesetzgebenden Körperschaft umso eher das Einverständnis zur Zahlung von Subventionen erlangen könne, und den Reedern eine allzu große Abgabe bei den sowieso nicht hohen Gewinnen daraus nicht erwachsen würde. Die Beihilfe des Staates habe zunächst darin zu bestehen, daß er die jetzt in seinem Besitz befindlichen Schiffe auf 10, 20 oder 30 Jahre an die Reedereien verchartere und ebenso verfahre mit den auf seine Kosten fertig zu stellenden Neubauten. Möglicherweise auftauchende Bedenken, daß dadurch der Staat der eigentliche Besitzer der Schiffe bleibe, würden zerstreut durch die Tatsache, daß ja nach Ablauf des Chartervertrages das staatliche Eigentum keinen großen Wert mehr besitze. Inwieweit der Staat mit Geldbeihilfen eintreten müsse, ob durch zinslose, ratenweise zurückzuzahlende Vorschüsse oder Garantien bei der Ausgabe neuer Obligationen der Gesellschaften, müsse von Fall zu Fall erörtert werden. Eine bestimmte Form dafür festzulegen, sei unzweckmäßig. Der Staat müsse immer mehr dafür sorgen, daß die Handelsflotte erstarkt und nach und nach gänzlich ohne seine Beihilfe bestehen kann. In diesem Zusammenhang, wenn auch die ganzen Ausführungen Riperts freiheitlichen Geist atmen, erscheint es unlogisch, wenn er einem immer stärkeren Zusammenschluß der Reedereien, zwar nicht durch direkte Fusionierung, aber durch Ausübung einer Kontrolle der Kleineren durch die Größeren das Wort redet. Selbstandige, kapitalkräftige Einzelbetriebe sollten ihm bei der ganzen Tendenz seiner Ausführungen als das Richtige erscheinen.

P. W.

Sonstiges

Der nordatlantische Passagierverkehr. Nach einer Mitteilung der „Nautical Gazette" ergibt eine Gegenüberstellung des ausgehenden New Yorker Passagierverkehrs in der 2. Aprilwoche des Jahres 1914 und 1920 dieses Bild:

			Passagiere			
	Schiffe	Br. R. T.	I. Klasse	II. Klasse	III. Klasse	Zusammen
1914 (10.—16. 4.)	27	366 680	2300	1900	7800	12 000
1920 (11.—17. 4.)	10	117 105	1300	1775	7600	10 675

Der Vergleich läßt erkennen, daß es dem nordatlantischen Passagierverkehr, wenigstens in der Ostwärtsfahrt, zurzeit nicht an Fahrgästen fehlt, daß aber der zur Verfügung stehende Dampferraum auf ein Drittel seines Vorkriegsstandes gesunken ist. Damit ist das Moment gekennzeichnet, das einer baldigen Verkehrssteigerung auf dem Atlantik am nachhaltigsten entgegenstehen wird. Etwa die Hälfte der 1913 vorhandenen Passagierdampfer ist durch den Krieg verloren gegangen, und der Rest ist für eine regelmäßige Verkehrstätigkeit zurzeit noch keineswegs ungekürzt verfügbar. Manche Schiffe, die während des Krieges als Truppentransporter gedient haben, bedürfen größerer Umbauten und Reparaturen. So wird z. B. der Dampfer Vaterland (Leviathan) kaum vor Ablauf von 12 Monaten wieder in den Passagierdienst eingestellt werden können; auch die nächsten drei größten Schiffe, der Imperator, die Olympic und die Aquitania, sind zurzeit außer Dienst, der erstere, um größere Reparaturen vorzunehmen, die anderen beiden um für Ölfeuerung umgebaut zu werden. Mit diesen vier Schiffen geht der nordatlantischen Passagierfahrt allein eine Tonnage von nahezu 200 000 Br. R. T. verloren.

Eine weitere Schmälerung erfährt die verfügbare Tonnage durch die sich wiederholenden Streiks in europäischen und amerikanischen Häfen. So hat der Rotterdamer Streik die Fahrten der Holland-Amerika Linie, der Kopenhagener Streik die der skandinavischen Amerika Linie für eine Zeit unterbrochen. Für den Ostwärts-Verkehr liegen nach Meldungen aus New York zahlreiche Buchungen vor, so daß bis Ende Juli nahezu jeder verfügbare Platz in der I. und II. Kajüte belegt ist. Die Fahrgäste sind in ihrer größeren Mehrheit Geschäftsleute oder Reisende, die Geschäft und Vergnügen verbinden. Manche auch gehen nach Europa, um Verwandte zu besuchen. Der eigentliche Touristenverkehr ist jedenfalls nur mit geringem Anteil vertreten.

Eine Vergrößerung der nordatlantischen Passagierdampferräumte wird nur sehr langsam herbeigeführt werden können. Zwar haben die meisten der in Betracht kommenden Gesellschaften Bautonnagen von beträchtlichem Umfange in Auftrag gegeben, aber bei der größeren Bauzeit, die der Passagierdampfer erfordert, besteht wenig Aussicht, daß eine größere Anzahl dieser neuen Schiffe noch innerhalb dieses Jahres in Dienst gestellt werden kann. Weder die Neubauten der International Mercantile Marine Co., noch der große Passagierdampfer Paris der Générale Transatlantique, noch der neue Statendam der Holland-Amerika Linie, noch die Passagierdampfer des amerikanischen Shipping Board werden bis zum nächsten Jahre fertiggestellt sein. Mit einer Vergrößerung der Verkehrstonnage wird also vor nächsten Sommer kaum zu rechnen sein. *A. K.*

Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Auswanderungsproblem

„Auswanderer-Katechismus." Von O. Preusse-Sperber. Dresden: Verl. zeitgemäßer Schriftwerke (1920). 194 S.

Nach einem knappen Überblick über die Ansiedlungsmöglichkeiten in den verschiedenen Staaten der neuen Welt und in Osteuropa gibt der Verfasser nützliche Ratschläge für Auswanderer. Das Büchlein eignet sich hauptsächlich für solche, die noch nicht wissen, ob nnd wohin sie auswandern wollen. W.

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.